

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

20. Februar 1948

Blatt 177

Sitzung des Wiener Gemeinderates

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates, die um 11.15 Uhr unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr. h. c. Körner begann, fand die notwendig gewordene Wahl einiger neuer Mitglieder in mehrere Gemeinderatsausschüsse statt.

Die übrige Tagesordnung wurde ohne Debatte genehmigt.

Im Anschluss daran wurde eine Anfrage der sozialistischen Fraktion verlesen betreffend die Rückwirkungen auf die weiteren Wiederaufbauarbeiten der Stadt Wien, die durch die Ablehnung der sozialistischen Zusatzanträge zum Warenverkehrsgesetz im Parlament zu erwarten sind.

Der amtsführende Stadtrat für das Bauwesen, Hovy, beantwortete diese Anfrage sofort und führte unter anderem aus: "Wenn man die Anfrage beantworten soll, so ist in erster Linie darauf hinzuweisen, dass die Begründung, warum eine Reihe von Baustoffen aus dem Warenverkehrsgesetz herausgenommen wurde, von falschen Voraussetzungen aus geschehen ist. Was die Mauerziegel betrifft, so wurde seitens der ÖVP festgestellt, dass die Produktionsziffer des Jahres 1948 400 Millionen Stück erreichen wird. Wir, die wir uns schon immer mit dem Bauwesen beschäftigt haben, interessierten uns daher dafür, wie gross diese Produktion eigentlich ist. Sie betrug im Jahre 1947 für Mauerziegel 109 Millionen Stück. Es muss zugegeben werden, dass in einer Reihe von Baustoffindustrien im Jahre 1947 wesentliche Kriegsschädenbehebungen durchgeführt wurden und dass daher eine Steigerung der Produktion auf Grund der vorhandenen Erzeugungsstätten möglich ist. Unsere Berechnungen ergaben aber nicht die Ziffer von 400 Millionen Stück, sondern, unter der

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes auf Seite 179

37/4 Wien, am 20.2.1948

Lebensmittelaufrufe

für die Woche vom 23.2. bis 29.2.1948 **Wien**

Waren:	Normalkartenempfänger						Zusatzkartenempfänger				
	K1st	K1k	K	Jgd	E	Al	Sst	S	A	B	M
	0-3	3-6	6-12	12-18	18-69	ü. 69	Schwersta	Schwere	Arbeiter	Angest.	Mütter
	Menge Fisch	Menge Fisch	Menge Fisch	Menge Fisch	Menge Fisch	Menge Fisch	Menge Fisch	Menge Fisch	Menge Fisch	Menge Fisch	Menge Fisch
Brot	10 1/4	50 1/4	50 1/4	50 1/4	50 1/4	50 1/4	475 37	440 37	335 37		
--- (Brotkleinabschn. 4. Woche)	20 45t	20 45t	30 65t	70 45t	70 45t	70 45t					
Kochmehl TYPE 1350	15 1/4	15 1/4	15 1/4	15 1/4	15 1/4	15 1/4					
a Weiße Feigwaren	14 38	14 38	14 38	28 3/4	28 3/4	28 3/4					
b Seefische (c)		17 10	17 10	20 10	20 10	20 10					
--- (Fleischkleinabschn. 4. Woche)		5 15t	5 15t	10 25t	10 25t	10 25t					
b Kunstspeisefett		10 30*	19 30*	18 30*	18 30*	18 30*			20 39*		
--- (Fettkleinabschn. 4. Woche)		3 65t	3 65t	5 105t	5 105t	5 105t					
b Butter	15 30*										
Hülsenfrüchte (Nährmittelabschn.)		11 1/4	11 1/4	11 1/4	11 1/4	11 1/4	8 41*		15 41*	6 41*	
Haferflocken		18 18*	24 18*				25 40*	14 40*	10 40*		14 40*
Weizengrieß	13 24*	17 24*	17 24*								
d Milo-Kindernährmittel	X										
Zucker	22 35*	22 35*	22 35*	15 35*	15 35*	15 35*					
--- (Zuckerkleinabschn. 4. Woche)	2 25t	2 25t	2 25t	2 25t	2 25t	2 25t					
e Malzextrakt	12 5 18*										
f Fischkonserven (HERING od. THUNFISCH)							42 5 42*	42 5 42*			
f Fischkonserven (SILVER HAKE)							42 5 38*	42 5 38*	42 5 38*	42 5 38*	85 38*
f Fischkonserven (gebraten)(g)											20 42*
Salzfische									22 45		
Speiseöl							35 39*	33 39*		10 39*	30 39*
Schmelzkäse											10 41*
h Frischmilch täglich	3/4	1/2									1/2
h Magermilch			1/4								
Sauerkraut (GEMÜSEAUSSCHN.)	25 109*	25 109*	25 109*	25 109*	25 9*	25 9*					
i Erdäpfel (ERDÄPFELKARTE 35/42) (g)	70 37/4	100 37/4	100 37/4	100 37/4	100 37/4	100 37/4	70 46	70 46	70 46		
--- (DEIDLÄTTER - Kleinabschn.)		40 45t	40 45t	40 45t	40 45t	40 45t					
GESKALORIENDURCHSCHNITT	1160	1441	1656	1708	1708	1708	3151	2911	2339	1912	2606

- a) Ausgabe nach der Mehlayonierung
- b) Abschnitte 10 und 30 mit Aufdruck "SV" sind ungültig
- c) Bei Abgabe von Filet halbe Menge; auf die Fleischkleinabschnitte der 4. Woche dürfen auch in Gaststätten nur Seefische abgegeben werden
- d) In der Vorwoche für 2 Wochen aufgerufen
- e) Ohne Anrechnung auf den Kaloriensatz
- f) 42 5 bzw. 20 dkg = eine, 85 dkg = zwei Dosen; Ausgabe in Lebensmittelkleinhandelsgeschäften
- g) Nach Maßgabe der Anlieferung
- h) Bei Notwendigkeit von Quotenänderungen gelten die vom Milchwirtschaftsverband in den Milchgeschäften ausgehängten Wochenpläne
- i) Für Einlagerer bereits aufgerufen
- j) Abschnitte sind bei Warenbezug zu entwerten, alle übrigen abzutrennen!

Fortsetzung des Sitzungsberichtes von Seite 177.

Voraussetzung, dass genügend Kohle der Ziegelerzeugung zugewiesen wird, für das Jahr 1948 nur 150 Millionen Stück.

Man muss zur Beantwortung dieser Anfrage weiter sagen, dass die Gemeinde Wien sich seit langer Zeit bemüht hat, dass ein zentraler Bauwirtschaftsrat gebildet wird, der Ende 1947 auch zustande gekommen ist und von dem man hätte annehmen müssen, dass ihn das Ministerium für Handel und Wiederaufbau auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen zur Begutachtung einberufen wird, und dass weiter die dort vertretenen verschiedenen Körperschaften befragt werden, ob es zweckmässig ist, dass die Bewirtschaftung einer Reihe von Baumaterialien aufgehoben werden soll. Das ist nicht geschehen. Der zentrale Bauwirtschaftsrat wurde vom Ministerium für Handel und Wiederaufbau nicht einberufen und konnte daher auch nicht Stellung nehmen. Wenn also die Produktion von 109 Millionen Stück Ziegel im Jahre 1947 heuer um 50 Prozent auf 150 Millionen Stück Ziegel gesteigert werden kann, so taucht nun die Frage auf, ob diese Zahl genügen wird, um alle die Programme, die in Österreich durchgeführt werden sollen, auch erfüllt werden können.

Vom Ministerium für Handel und Wiederaufbau wurde auch ein Mindestbauprogramm von allen neun Bundesländern verlangt. Diese haben ihre Programme für 1948 bereits abgegeben. In diesen neun Programmen der Bundesländer scheint natürlich auch der Ziegelbedarf auf. Wenn man diese neun Programme ansieht, so kann man feststellen, dass die Gemeinde Wien nicht nur für ihre Gemeindewohnbau-Vorhaben sondern auch für die anderen Erfordernisse des Wiederaufbaues im Jahre 1948 70 Millionen Stück, und die anderen acht Bundesländer rund 200 Millionen Stück Ziegel benötigen. Diese 270 Millionen stehen einer wahrscheinlichen Produktionsziffer von 150 Millionen gegenüber. Wenn aber die Produktionsziffer unter den Bedarf aller Bundesländer steht, wie wird sich das für die Gemeinde Wien auswirken? Als am 4. Februar das Warenverkehrsgesetz beschlossen wurde, ist daher von der Stadt Wien versucht worden, das Material für die Bauvorhaben, die von der Gemeinde Wien selbst durchgeführt werden, sicherzustellen. Es sind dann seitens der Magistratsabteilung 21 alle notwendigen Schritte unternommen worden und so kann heute gesagt werden, dass die Stadt Wien die Mauerziegel, die sie für ihre eigenen Vorhaben benötigt, auch nach der Herausnahme aus dem Warenverkehrsgesetz bekommen wird.

Die Materialien also, die für eigene Gemeindebauverhaben notwendig sind, werden uns zur Verfügung stehen. Es wird also materialmässig in den nächsten Jahren wenig private Bautätigkeit geben und aus diesen wirtschaftlichen Erwägungen heraus, nicht aus Sympathie für die Gemeinde Wien, sind die Bauproduzenten geneigt, uns die nötigen Baumaterialien zu liefern. Wie aber wirkt sich die Herausnahme der Ziegel aus der Bewirtschaftung aus? Mir ist bekannt, dass bezüglich der Preisfestsetzung der Wunsch der Mehrheitspartei im Parlament dahin geht, dass nur die bewirtschafteten Waren auch festgesetzte Preise haben. Mir ist weiter bekannt, dass der Abg. Ing. Raab die Zusage gegeben hat, dass auch die freien Baumaterialien in die Preisfestsetzung einbezogen werden. Das würde allenfalls die Gemeinde vor Übervorteilung sichern. Ich kann also sagen, dass wir als Bauherr bei dieser Geschichte noch mit einem blauen Auge davon kommen werden.

Aber es gibt bekanntlich in Wien nicht nur Kriegsschäden und Bauverhaben bei der Gemeinde Wien, sondern 9/10 der gesamten Kriegsschäden entfallen auf die Privathäuser, so dass ich glaube, dass für sie etwas zu wenig überbleiben und jetzt der Konkurrenzkampf zwischen dem Grossbauern und dem städtischen Hausbesitzer einsetzen wird. Beide werden nun zum Ziegelproduzenten gehen und sich bemühen, die Ziegel, die ihm noch über geblieben sind, zu bekommen. Ich überlasse es den Horrn zu beurteilen, wer dabei etwas bekommen wird und wer nicht (Zwischenruf Gemeinderat Marek (SPÖ), die Kalerien werden entscheiden).

Das ist die Befürchtung, die ich heute hier als Vertreter der Wiener Bevölkerung aussprechen muss. Wenn morgen die Kriegsschadenbehebung nicht in dem Mass fortschreitet, als die Gemeinde es wünscht, so ist daran schuld, dass Baumaterialien die noch nicht in genügendem Ausmass produziert werden, aus der Bewirtschaftung herausgenommen wurden. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Dr. Kresse (ÖVP) sagte, dass die Ausführungen des Stadtrat Nevy den Gedanken aufkommen lassen, als ob wir im Jahre 1948 in der Versorgung mit Baumaterialien womöglich noch schlechter gestellt sein werden, als im Jahre 1947. Der Redner habe sich eine Menge Zahlen und Ziffern geben lassen, die authentisch sind, die sich aber von den Zahlen, die Stadtrat Nevy genannt hat, wesentlich unterscheiden. Die Gesamtproduktion an Ziegeln im Jahre 1947 wurde von Herrn Stadtrat Nevy mit 109 Millionen angegeben, er habe Aufzeichnungen, in denen 107 Millionen eingesetzt sind. Von diesen habe die Gemeinde Wien 20 Millionen erhalten, mit denen sie scheinbar das Auslangen gefunden haben dürfte, zumindest ist nicht bekannt, dass Bauten nicht durchgeführt werden konnten, die auf dem Programm der Bautätigkeit Wiens gestanden wären. Bekannt sei aber, dass über 1 Million Abbruchziegel mit Zustimmung der Gemeindeverwaltung über die Grenzen Wiens aufs flache Land gebracht wurden. Die Gemeinde hätte ausserdem noch die Möglichkeit gehabt, von den Abbruchziegeln, die in Wien noch vorhanden sind, solche zu erwerben. (Zwischenruf: Zu welchen Preisen?). Auf den Zwischenruf erwiderte der Referent, dass die Gemeinde den Preis festsetzen hätte können, denn es ist ja nur gestattet, den gesetzlichen Preis zu zahlen und nicht mehr.

Für das Jahr 1948 ist geplant, 424 Millionen Ziegel zu erzeugen, wenn die Ministerien einig werden, welche Menge an Kohle der Ziegelproduktion zugeweiht werden kann. Es ist geplant, 6.6 % des Kohlenaufkommens für die Ziegelerzeugung zur Verfügung zu stellen. Nach den Aufzeichnungen des Redners würde daher die Gemeinde Wien nicht behindert ihr Bauprogramm restlos durchzuführen. Der Redner führte noch ein Schreiben der Bundesinnung für Baugewerbe über eine in Zell am See stattgefundene Tagung an. Dort wurde der Beschluss des Parlaments betreffend das Warenverkehrsgesetz in seinem ganzen Inhalt zur Kenntnis genommen.

Betreffend "Durnat", das ein Produkt aus Zement und Abfällen der Zellulose ist, bestehen nur Schwierigkeiten hinsichtlich des Transportes, Die Produktion in Leuzing wurde wesentlich erhöht und auch Zement ist in genügend Mengen vorhanden.

Heraklith sei gleichfalls in reichem Masse vorhanden, es fehlen aber auch hier die Transportmittel aus Kärnten.

Über das vorhandene Elektromaterial führte der Redner aus, dass die B. Abt. 21 vom Fachverband Elektroindustrie ein Schreiben erhalten habe, worin die Sektion mitteilt, dass sie den gesamten Bedarf der Gemeinde Wien an Elektromaterial 100%ig decken kann.

Zum Schluss führte GR. Dr. Kresse aus, dass die Befürchtung vorherrsche, die Preise für Baumaterial würden noch weiter steigen. Aber auch hier würden die Preise von Angebot und Nachfrage bestimmt werden und wenn genügend Material vorhanden sein wird, werden auch die Preise wieder richtig kalkulationsmässig bewilligt werden können.

Es wird nunmehr an der Gemeinde Wien liegen, rechtzeitig Vorsorge zu treffen und die entsprechenden Abschlüsse zu tätigen. Wir von der Volkspartei sind der Meinung, dass das Warenverkehrsgesetz ein Mittel ist, allmählich wieder zu normalen Verhältnissen zurückzufinden. Wir sind aber nur dort für eine Bewirtschaftung, wo es absolut notwendig ist. (Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Dr. Soswinsky (KPÖ) betonte, dass die Gesetzgebung oftmals Gesetze gegen Wien produziert. Der Finanzausgleich hat Wien die Möglichkeit genommen, Einnahmen in jener Höhe zu verschaffen, die notwendig sind, um unserer Stellung als Hauptstadt unseres Landes gerecht zu werden. Das Warenverkehrsgesetz soll uns nun die Möglichkeit geben, der Bevölkerung unserer Stadt eine menschenwürdige Wohnung zu schaffen. Wir waren alle Zeuge, wie der Bürgermeister unserer Stadt bei der Eröffnung der Ausstellung "Wien baut auf" die Benachteiligung von Wien aufgezeigt hat. Meine Fraktion hat wiederholt die anderen Parteien darauf hingewiesen für die Interessen Wiens einzutreten. Aber nicht nur im stillen Kämmerlein oder mit einer Rede, sondern die Vertreter der Parteien die hier im Haus sitzen sollten sich auch im Parlament dafür einsetzen. Aber die beiden grossen Parteien haben dort eine andere Stellung eingenommen. Das Warenverkehrsgesetz ist fast der Schlussstein zur Aufhebung der Bewirtschaftung in Österreich.

Man hat in den letzten langen Jahren erklärt, dass es unmöglich sei den Wiederaufbau und Neuaufbau zu beschleunigen, weil es erstens an Ziegeln, zweitens an anderen Baustoffen und drittens an Arbeitskräften fehle. Ich kann es kaum glauben, dass sich in den letzten Monaten die Verhältnisse so grundlegend geändert haben. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass man entweder damals bewusst übertrieben hat oder es heute nicht richtig ist, dass genug Ziegel vorhanden sind. Der Baustoffspekulation sind damit Tür und Tor weit geöffnet.

Der Redner wandte sich sodann gegen die Bereicherung der privaten Hausbesitzer, während der Nazizeit und während des Krieges und forderte denn den Gemeinderat auf, dem Treiben der Baustoffspekulanten Einhalt zu gebieten, wenn man nicht wolle, dass der augenblickliche Zustand der überfüllten Wohnungen zu einer dauernden Erscheinung werde. Wir haben auf diese Gefahr, sagte Gemeinderat Dr. Soswinski, schon vor fast 2 Jahren hingewiesen und damals einen Antrag gestellt, alle Verkehren zu treffen, um dies zu verhindern und Schritte einzuleiten, um gewisse Schlüsselbetriebe der Baustoffindustrie zu kommunalisieren. Wir haben bis heute von dem Schicksal des Antrages nichts gehört.

Als nächster Redner sprach GR. Bauer (ÖVP), der wiederholt von stürmischen Zwischenrufen unterbrochen wurde. Er führte unter anderem aus: Ich bin erschüttert und gerührt zugleich, wie der Sprecher der sozialistischen Fraktion plötzlich sein Herz für die privaten Hausbesitzer entdeckt hat. (Zwischenruf des GR. Marek: Für die Mieter nicht, für die Hausbesitzer!) Ich glaube, es wäre zweckmässiger, den Schutt und das in den Strassen herumliegende Baumaterial endlich zu verwenden. Dafür aber wurde keine Vorseege getroffen. Im Gegenteil. Durch alle Massnahmen im Gemeinderat, die bisher beschlossen wurden, haben wir hindernd gewirkt. Wir müssen ernstlich in uns gehen, und endlich einen grossen und umfassenden Plan erstellen. Ich habe gestern Gelegenheit gehabt mit Bauerarbeitern zu sprechen und die sagten mir, dass es nicht mehr lange dauern wird, bis sie feiern müssen.

Wir im Gemeinderat können nur das beschliessen, was für Wien massgeblich ist, und sie müssen daher ihre Fraktionskollegen im Parlament instruieren oder zum Beispiel mit dem Herrn Verkehrsminister sprechen, dass er weniger Kohle für seine Lokomotiven beansprucht. (Zwischenrufe und Gelächter bei den Sozialisten.) Denn hier ergibt sich eine grosse Differenz zwischen den gefahrenen Kilometern und der verbrauchten Menge.

Wenn sie noch Argumente ins Treffen geführt haben, dass nun der Schleichhandel beginnen wird, so kann ich Ihnen dazu nur sagen, dass er jetzt erst aufhören wird.

In seinem Schlusswort führte Stadtrat Novy unter anderem aus: Ich fühle mich verpflichtet, namens meiner Partei einige Richtigstellungen vorzunehmen. Vor allem zu den Zahlen die Herr GR. Kresse gebracht hat, kann ich nur sagen, "die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube". GR. Dr. Kresse teilte mit, dass sich die Österreichische Bauinnung auch für das Gesetz ausgesprochen hat. Diese Tagung hat aber vor zwei Jahren stattgefunden.

Zu den Anschuldigungen des GR. Dr. Soswischki, dass die sozialistische Partei im Parlament für dieses Gesetz verantwortlich wäre, stellte Stadtrat Novy fest, dass seine Partei schon im Parlaments-Ausschuss Zusatzanträge eingebracht habe, diese aber abgelehnt wurden. Die Anträge der sozialistischen Partei sind jedoch als Minderheitsanträge im Parlament aufrecht geblieben.

Stadtrat Novy betonte auch, wenn er Befürchtungen hinsichtlich des privaten Wiederaufbaues hat, so sei es ihm dabei keineswegs um die Interessen der Hausbesitzer sondern lediglich um das Wohl der Mieter zu tun. (Lobhafter Beifall der Sozialisten). Diese wohnen heute in den Privathäusern wesentlich schlechter als die Mieter in den kriegsbeschädigten Gemeindefhäusern und für diesen grossen Teil der Wiener Bevölkerung, haben wir die Sorge, dass das Warenverkehrsgesetz schwere Schäden mit sich bringen wird. Das sind die Tatsachen. Ich habe versucht, ohne jede politische Auseinandersetzung und ohne jede Gehässigkeit die Anfrage in rein sachlicher und fachlicher Hinsicht zu beantworten. Ich kann nur nochmals hinzufügen, dass sich die Dinge für die Bauvorhaben der Gemeinde Wien voraussichtlich nicht auswirken werden, aber ich habe noch

immer grosse Befürchtungen für die privaten Häuser und die Mietes die dazwischen wohnen müssen. (Stürmischer Beifall bei den Parteigenossen.)

Die Verhandlung der Tagesordnung wurde hierauf fortgesetzt.

Stadttrat Dr. Matejka (KPÖ) berichtete sodann über die beabsichtigte Ausstellung "Wien 1848" die Ende März im Festsaal des Wiener Rathauses eröffnet werden soll. An der Gestaltung der Ausstellung werden Wiener Historiker und eine Anzahl bewährter Künstler beteiligt sein. Bei der Beschickung mit historischen Material und Erinnerungstücken werden in erster Linie die städtische Sammlung, die Stadtbibliothek und das Archiv der Stadt Wien in Erscheinung treten. Stadttrat Dr. Matejka gab eine ausführliche Schilderung der beabsichtigten Ausstellung, die keine Totenerhebung sein soll, sondern eine interessante Schau und eine eindrucksvolle Erinnerung an den Widerstand, der immer wie er in österreichischen Volk zum Ausdruck gekommen ist bis zum heutigen Tag.

GR. Dr. Soswinski (KPÖ) unterstützte den Antrag und richtete die Aufmerksamkeit darauf, dass es in Wien noch eine Anzahl von Strassen und Plätzen gibt, die nach Märdern benannt sind, die an der blutigen Niederschlagung des Aufstandes massgeblich beteiligt waren.

Der Antrag und der für die Ausstellung vorgesehene Scheckkredit von 210.000 Schilling wurde sodann von den Mitgliedern des Wiener Gemeinderates einstimmig angenommen.

Stadttrat Dr. Exel (ÖVP) referierte über die Einführung ermässigter Übergangsfahrpreise von der Strassenbahn (Stadtbahn) auf den Obus "Währingergürtel-Salmansdorf". Dieser Antrag betreffend eine Tarifbegünstigung stelle einen ausgesprochenen Wiedergutmachungsfall dar. Schon im Jahre 1913, als man daran ging, Salmansdorf und Neustift zu besiedeln, wurde versucht, eine Schienenbahn dorthin zu legen. Durch Ausbruch des ersten Weltkrieges kam dieses Projekt nicht zur Ausführung. Im Jahre 1923 wurde dieses Projekt nochmals behandelt, aber dann wegen zu hoher Kosten wieder fallen gelassen.

Die zum nach dem zweiten Weltkrieg eingeführte Obus-Linie nach Salmansdorf stellt eine grosse Erleichterung für die Bevölkerung dieser Gebiete dar. Nun kam der Antrag der Bezirksvertretung des 19. Bezirkes wegen Wiedergutmachung in

Bezug auf die Konstruktion des Fahrpreises.

Die Wiener Verkehrsbetriebe stellen nun den Antrag, für kombinierte Fahrten auf der Obuslinie 22 "Währinger Gürtel - Salmansdorf" und auf der Strassenbahn (Stadtbahn) im Tarifgebiet I mit Gültigkeit vom 1. April 1948 ermässigte Vorverkaufsfahrtscheine zum Preise von 75 Groschen einzuführen, die jedoch nur gegen Vorweisung einer Erkennungskarte gelten. Solche Erkennungskarten erhalten nur Personen, die in den Gebieten, die der Obus 22 berührt, wohnen, ferner Lehrpersonen, die einer öffentlichen Lehranstalt in dem genannten Gebiet angehören und die Organe der Feuerwache in Neustift am Walde.

GR. Lauscher (FPÖ) begrüßte den vorliegenden Antrag, denn er fordert nicht von der Bevölkerung neue finanzielle Belastungen, sondern schafft eine Erleichterung. Die daran interessierten Bevölkerungskreise haben schon immer den Fahrpreis für ihr Einkommen zu hoch empfunden.

In diesem Zusammenhang solle aber nicht der Bevölkerung der anderen Randgemeinden, wie z.B. von Inzersdorf, Breitenlee, Kierling usw. vergessen werden, die eine Fahrpreismässigung auf den Autobuslinien in ihre Gebiete auch sehr begrüßen würden. Desgleichen wäre ein Sonntagsbetrieb auf diesen städtischen Autobuslinien sehr wünschenswert. Auch die Errichtung von Wartehäuschen für diese Autobuslinien wäre sehr notwendig, da die Stationen meist ausserhalb der Ortschaften liegen.

GR. Lauscher legte sodann einen Entschliessungsantrag vor, in dem gefordert wird, dass die Fahrpreise der städtischen Autobuslinien 19, 20 und 30 so festgesetzt werden sollen, wie die der Linie 22. Der Antrag verlangt ferner die Einführung von ermässigten Kinderfahrtscheinen und eines Sonntagsbetriebes auf diesen städtischen Autobuslinien. Der Antrag wurde der Verwaltungsgruppe XII zur geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, dass die beiden Mehrheitsparteien diesen Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung dieser Randgemeinden stattgeben und dem Entschliessungsantrag zustimmen werden.

Stadtrat Dr. Exel nahm in seinem Schlußwort gegen die Taktik der Kommunistischen Fraktion Stellung. Er sagte unter anderem: "Es ist sehr leicht, in der Opposition Volksbeglückter zu spielen. Aber es ist schwer, ernsthafte Wirtschaftspläne aufzustellen und dadurch die Gemeinde Wien vor Schaden zu bewahren."

In der folgenden Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Hierauf erfolgte die Verlesung einer Anzahl von Anträgen der Österreichischen Volkspartei, darunter eines solchen auf earliesten Arbeitsbeginn bei der Errichtung der Brücke über den Balneinschnitt der Pottendorfer-Linie und Badner-Bahn, weiters ein Antrag betreffend den Bau der Teilstrecke Inzersdorf-Atzgersdorf der Liesingbach-Regulierung. Weitere Anträge verlangen die rascheste Erledigung der Bauvorhaben an städtischen Objekten, die Bereitstellung von Wohnräumen für Hausbesorger in künftigen Neubauten, die Beschleunigung der Wasserleitungs- und Einfriedungsreparatur des Meidlinger Friedhofes und den Wiederaufbau der Knaben- und Mädchen-Volksschule in Wien XIX., Pantzergasse 25, bis zum Schulbeginn im Herbst 1948.

Die Anträge wurden den zuständigen Geschäftsruppen zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Sodann gelangte noch ein Dringlichkeitsantrag der Gemeinderäte Dr. Soswinski, Maller und Genossen (KPÖ) zur Verlesung, der verlangt, daß der Stadtsenat alle Vorkehrung treffen soll, damit "ungeachtet der Ausnahme einer Anzahl wichtiger Baustoffe von der Bewirtschaftung, die Gemeinde Wien in ausreichendem Maße mit Baumaterialien zu erschwinglichen Preisen versorgt wird." Da G.R. Dr. Soswinski auf eine Erläuterung des Antrages verzichtete, wurde dieser dem Stadtsenat zur Behandlung überwiesen.

Nachher beantwortete Stadtrat Dr. Matejka eine Anfrage der G.R. Jurascher und Genossen (KPÖ) warum die Benennung von Bauten, Straßen, Gassen und Plätzen nach gefallenen Kämpfern gegen den Faschismus noch nicht durchgeführt wurde. Stadtrat Dr. Matejka führte unter anderem aus: Es war eine Selbstverständlichkeit für mich, alle Maßnahmen zu treffen, um nach der Befreiung vom Hitlerjoch auch die äußeren Zeichen der Nazi Herrschaft aus dem Straßenbild Wiens zu tilgen. Es war mir darüber hinaus eine besondere Ehrenpflicht, den mutigen

Kämpfern für Österreichs Freiheit, die von Faschismus gemordet wurden, ein bleibendes Denkmal zu setzen und Plätze und Straßen nach ihnen zu benennen. Natürlich sollen auch Menschen, die für die Kultur und das Leben unserer Stadt von Bedeutung waren, in der gleichen Form geehrt werden.

Der Stadtrat berichtete dann über Besprechungen mit den Vertretern der drei Parteien und ihre Vorschläge für neue Benennungen. Die Benennung von drei Gemeindebauten nach gefallenen Kämpfern der Februartage am 12. dieses Monats wurde erst am Tage vor der Sitzung des Gemeinderatsausschusses mündlich einem Beamten seines Amtes mitgeteilt. Dort eingebrachte Anregungen wurden von der Fraktion der Österreichischen Volkspartei abgelehnt, da vorher keine Besprechungen darüber stattgefunden hatten. Der Redner betonte, daß von ihm und seinen Ante alles unternommen wurde, um den Freiheitskämpfern Österreichs, die ihr Leben für die Selbständigkeit unseres Landes gaben, ein bleibendes Denkmal zu setzen.

Zum Schluß beantwortete Stadtrat Dr. Matejka eine Anfrage der Gemeinderäte Leuscher und Genossen über das Denkmal für die Opfer für ein freies Österreich auf dem Zentralfriedhof. Er gab einen Überblick über die Schritte, die bisher zur Errichtung dieses Denkmals unternommen wurden und teilte mit, daß von kurzen ein Betrag von 50.000 S in Einvernehmen mit dem Stadtrat für Finanzwesen gesichert wurde. Ein definitiver Zeitpunkt für die Fertigstellung des Denkmals kann zur Zeit leider noch nicht genannt werden.

Schluß der öffentlichen Sitzung um 13.25 Uhr.

In der nun folgenden vertraulichen Sitzung wurde Senatsrat Dr. Franz Leppa auf die Dauer von 5 Jahren zum Direktor des Kontrollamtes der Stadt Wien gewählt.

Sodann beschloß der Gemeinderat, nach einem Referat der Gemeinderätin Nödl (SPÖ), einstimmig die Ernennung des Gemeinderates Konrad Lötsch, anlässlich seines 70. Geburtstages, zum Bürger der Stadt Wien. Unter dem Beifall des gesamten Gemeinderates wurde der Gefeierte eingeholt und Bürgermeister General Körner überreichte ihm nach einer herzlichen Ansprache das Bürgerdiplom.

Die Gaslieferzeiten in der nächsten Woche
=====

Von Sonntag bis einschliesslich Freitag wird Gas täglich von 5.30 bis 8 Uhr, von 10.30 bis 13.30 Uhr und von 17.30 bis 20.30 Uhr; am Samstag von 5.30 bis 8 Uhr, von 10.30 bis 15 Uhr und von 17.30 bis 20.30 Uhr abgegeben.

Bei weiter anhaltendem Gasmangel müsste mit der Gaslieferung später begonnen werden. Im gegenteiligen Falle würde die Gasabgabe während der Nacht unter vermindertem Druck wieder aufgenommen werden.

Ausgabe der schwedischen Trockenmilch
=====

Für die 3 bis 6 jährigen Kinder des 13., 14., 15., 20., 24. und 25. Bezirkes sowie der Orte Purkersdorf, Hadersdorf und Mauerbach, die an der Ausspeisung in der letzten Woche teilgenommen haben, findet die Trockenmilchausgabe am Montag, den 23. Februar in den bekannten Ausgabestellen statt.

Der Tag muss eingehalten werden.

Lebertranaktion für die Kinder von 7 bis 36 Monaten
=====

Aus einer Spende der Schwedischen Kinderhilfe, der Amerikanischen Quäker und der Britischen Katholischen Auslandshilfe kann an alle Kinder, die zwischen dem 1.1.1945 und dem 1.7.1947 geboren sind, durch 3 Monate hindurch, per Monat 200 cem Lebertran abgegeben werden. Die erste Ausgabe erfolgt in der Woche vom 23. bis 28. Februar über die Bezirksjugendämter bzw. Mutterberatungsstellen gegen Vorlage von Geburtschein, Meldesettel und Gemüsekarte des Kindes. Ausgabetag und Zeit werden in den Jugendämtern durch Anschlag verlautbart. Ein gut gereinigtes und 200 cem fassendes Fläschchen ist mitzubringen.

Ziegel sind noch bewirtschaftet

Für den Abtransport von gebrauchten Ziegeln aus Wien in die Provinz ist die Bewilligung der Stadtbauamtsdirektion, Wien I., Neues Rathaus, erforderlich. Es wird ausdrücklich aufmerksam gemacht, daß diese Bestimmung erst dann aufgehoben wird, bis das am 4. Februar 1948 von Nationalrat beschlossene Warenverkehrsgesetz in Kraft tritt.

Zitronen für Kinder und Jugendliche

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Auf Abschnitt 153 des Gemüsebezugsausweises erhalten Kinder und Jugendliche bis zu 18 Jahren je eine Zitrone. Auf den Abschnitt 167 des Gemüsebezugsausweises werden Zitronen nur mehr bis Mittwoch, den 25. ds. abgegeben.

Malzextrakt für Kleinkinder

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Für Kleinkinder bis zu 3 Jahren wurde $\frac{1}{8}$ kg Malzextrakt aufgerufen. Die Mütter werden darauf aufmerksam gemacht, daß Malzextrakt von Säuglingen bis zu 6 Monaten nicht immer vertragen wird. Es wird daher angeraten, vor Verwendung bei Säuglingen den Arzt der Mütterberatung zu Rate zu ziehen.

Zur Ausgabe der Silver-Hake-Konserven

Mit Rücksicht auf mehrfach unrichtige Berichte über die Silver-Hake-Konserve teilt das Marktamt der Stadt Wien in Ergänzung der gestern vom Landes-Ernährungsamt ausgegebenen Meldung noch mit, daß sofort bei Erscheinen dieser Konserve über Einspruch des Marktamtes im Einvernehmen mit dem Landesernährungsamt in Hinblick auf die Zusammensetzung 85 Kalorien angerechnet wurden. Die Preisherabsetzung ist vom Bundeskanzleramt - Österreichhilfe im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Volksernährung über Antrag des Marktamtes erfolgt. Berichte über Differenzen zwischen den zuständigen Ämtern entbehren daher jeder Grundlage.